

RESOLUTION

Rechtsstaat stärken – Gewalt gegen Einsatzkräfte stoppen

Polizisten, Feuerwehrleute und andere Einsatzkräfte in unserer Stadt stehen tagtäglich bereit, um zu helfen, zu schützen, Leben zu retten. Sie sorgen für Sicherheit, für Ordnung, für Hilfe in der Not. Immer wieder werden sie selbst zur Zielscheibe von Hass und Gewalt: Die Zahl der Angriffe, der Anfeindungen und der Übergriffe auf Einsatz- und Rettungskräfte in unserer Stadt nimmt zu – und das mit erschreckender Tendenz. Allein im letzten Jahr wurden in Berlin 10.584 Polizeibeamte im Dienst Opfer einer Gewalttat, was einer Steigerung um 10,2 Prozent innerhalb eines Jahres entspricht¹. Knapp 2.000 der Beamtinnen und Beamte wurden 2024 im Zusammenhang mit Versammlungen verletzt. Allein in den vergangenen Tagen gab es über 50 im Dienst verletzte Polizisten, darunter 33 bei den Jubelfeiern des türkischen Fußballmeisters Galatasaray Istanbul. Drei Polizeibeamte wurden sogar schwer verletzt – nach Ausschreitungen auf einer sogenannten pro-palästinensischen Kundgebung, nach einem Messerangriff auf Abschnitt 55 sowie bei einem Fußballspiel zwischen dem BFC Dynamo und dem FSV Zwickau. Diese Entwicklung ist zutiefst alarmierend. Sie erfüllt uns mit Sorge – aber auch mit Entschlossenheit.

Für uns Christdemokraten ist klar: Jeder Angriff auf einen Polizeibeamten oder eine Rettungskraft ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat und unsere Wertegemeinschaft und muss harte Strafen nach sich ziehen. Wer das Demonstrationsrecht missbraucht, um Hass zu säen, antisemitische Hetze zu verbreiten oder Gewalt zu verüben, dem werden wir konsequent mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgentreten.

Unter vergangenen Berliner Landesregierungen war nicht immer klar, ob die Berliner Polizei die uneingeschränkte Unterstützung der Politik hat. Für die CDU

¹ Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2024
(<https://www.berlin.de/polizei/assets/verschiedenes/pks/pks-kurzbericht-2024.pdf>,
abgerufen am 20. Mai 2025)

Berlin steht hingegen unmissverständlich fest: **Wir haben Vertrauen in die Berliner Polizei.** Wir stehen fest an der Seite aller Berliner Polizeibeamten, die mit ihrer Arbeit und auch unter Einsatz ihres Lebens dafür sorgen, Leben und Gesundheit sowie Hab und Gut ihrer Mitmenschen zu schützen und unsere Freiheit und den Rechtsstaat zu verteidigen. Für ihren wertvollen Dienst verdienen sie Anerkennung, Respekt und Wertschätzung – durch die Gesellschaft und die Politik.

Wir setzen uns als CDU Berlin dafür ein, dass **jeder Polizist und jede Polizistin bestmöglich ausgerüstet ihren Dienst ausüben** kann. Die Ausstattung und Einsatzkleidung unserer Polizeibeamten muss dabei auch dem veränderten Einsatzgeschehen gerecht werden. Genauso wichtig ist es, dass die Beamtinnen und Beamten im Einsatz ihre Arbeit rechtssicher ausüben können und die nötigen Befugnisse haben, um ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen zu können. Mit der **ersten Novelle des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ASOG)** haben wir deshalb unsere **Sicherheitsbehörden gestärkt** und ihnen **mehr Befugnisse** sowie eine **bessere Ausstattung** durch Dashcams, Taser und Bodycams ermöglicht. Neben der längst überfälligen Verschärfung des Unterbindungsgewahrsams wurde damit auch endlich die Nutzung von Bodycams in privatem Wohnraum, insbesondere bei häuslicher Gewalt, rechtssicher geregelt. In einem zweiten Schritt werden wir das Polizeirecht weiter modernisieren und weitere entscheidende Maßnahmen zur Stärkung der Inneren Sicherheit in unserer Stadt auf den Weg bringen. Vorfälle wie der zufällige Sprengstofffund am S-Bahnhof Neukölln im Oktober 2024 zeigen, dass wir es mit einer anderen Bedrohungslage zu tun haben und daher Änderungen notwendig sind. Daher setzen wir uns für **mehr Kontrollbefugnisse der Polizei** und für **bessere Möglichkeiten der Kooperation mit der Bundespolizei** ein.

Priorität hat für uns der Schutz von Polizei und Rettungskräften im Einsatz: Wir müssen diejenigen schützen, die uns schützen und wir werden es nicht tolerieren, wenn Einsatzkräfte gezielt angegriffen werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die **Mindeststrafe für Angriffe auf Einsatzkräfte angehoben** wird. Den **Einsatz moderner Videotechnik zur Beweissicherung** werden wir

ausdehnen, das **Ausweisungsrecht für Ausländer, die Polizisten angreifen, verschärfen**. Wir begrüßen ausdrücklich das Vorhaben der neuen Bundesregierung, das Waffenrecht insofern zu reformieren, dass der Zugang von Extremisten zu Waffen noch einmal deutlich erschwert wird.

Schließlich werden wir dafür sorgen, dass die Versammlungsfreiheit nicht für Straftaten missbraucht werden kann. Wir wollen für alle Teilnehmer – Demonstranten und Sicherheitskräfte – sichere und friedliche Demonstrationen. Dafür halten wir es für wichtig, dass die Fehler des letzten rot-rot-grünen Senats beim **Versammlungsfreiheitsgesetz** behoben werden und die „**Öffentliche Ordnung**“ **wieder als Schutzgut** anerkannt wird.

Zu oft sorgen rechtliche Beschränkungen dafür, dass die Polizei erst zu spät eingreifen kann, wenn gefährliche Situationen entstehen. Deshalb werden wir der Polizei die Befugnisse an die Hand geben, dass Ausschreitungen auf Demonstrationen eingedämmt werden, bevor sie eskalieren können. Dazu gehört auch, dass die Polizei die Erlaubnis haben muss, gegen **vermummte und bewaffnete Demonstranten vorgehen** zu können, bevor es zu gefährlichen Situationen kommen kann. In diesem Sinne setzen wir uns auch dafür ein, den Strafraum für das Tragen von Waffen bei Versammlungen zu erhöhen. Um zu ermöglichen, dass begangene Straftaten adäquat verfolgt werden können, sprechen wir uns für eine **längere Speicherfrist von Videoaufnahmen** aus. Angriffe gegen Polizisten und andere Einsatzkräfte müssen mit aller Konsequenz und Härte verfolgt werden. Entscheidend dafür sind **zügige Gerichtsverfahren** und eine leistungsfähige sowie personell und sachlich gut ausgestattete Justiz. Wir wollen insbesondere die Möglichkeit des **beschleunigten Verfahrens** in Berlin verstärkt nutzen. Auch die Strafverfolgungsbehörden und Strafgerichte müssen besser ausgestattet werden, damit Ermittlungs- und Strafverfahren zügiger als bisher geführt und konsequent zum Abschluss gebracht werden können. Darüber hinaus fordern wir die **Haftgründe im Strafprozessrecht so zu verschärfen**, dass **Wiederholungstäter** einfacher inhaftiert werden können. Wer wiederholt und

vorsätzlich Polizisten angreift, darf nicht nach der Vernehmung auf freien Fuß gesetzt werden, um bis zum Prozess wieder zuschlagen zu können.

Für uns als Berliner Christdemokraten steht fest: Gewalt gegen diejenigen, die täglich für unsere Sicherheit, Recht und Ordnung und unsere Gesundheit eintreten, darf niemals hingenommen oder relativiert werden. Sie ist ein Alarmzeichen dafür, dass etwas in unserem gesellschaftlichen Miteinander aus dem Gleichgewicht geraten ist. **Die Sicherheit in unserer Stadt ist Priorität unserer Politik.** Dafür brauchen wir eine Polizei, die die nötige Ausrüstung und die nötigen rechtlichen Kompetenzen besitzt, um ihre Arbeit rechtsstaatskonform ausüben zu können. Vor allem braucht und verdient sie die Rückendeckung der Gesellschaft und der Politik. Ein gesellschaftliches Umdenken und ein neues Bewusstsein dafür, was unser Zusammenleben trägt, sind unerlässlich: Respekt, Anstand und die Anerkennung derer, die Verantwortung übernehmen und sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Wir alle sind gefragt, damit ein respektvoller Umgang mit Einsatzkräften wieder zur Selbstverständlichkeit wird. Deshalb ist für uns klar: Wir stehen hinter der Berliner Polizei – heute und in Zukunft. Die Polizistinnen und Polizisten und die Rettungskräfte können sich auf uns verlassen.

Beschlossen durch den Landesvorstand der CDU Berlin auf seiner Sitzung am 23.05.2025.